

I/01

Kreisstadt Steinfurt

Eingegangen am:

18. Feb. 2021

Fachdienst 61

Kreis Steinfurt | Der Landrat

Tecklenburger Str. 10

48565 Steinfurt

Tel. 02551 69-0

www.kreis-steinfurt.de

Kreis Steinfurt 48563 Steinfurt

Stadt Steinfurt
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt



**KREIS
STEINFURT**
DER LANDRAT

Umwelt- und Planungsamt
Uta Ahrens

Raum A614

Tel. 0 25 51 69-14 75

Fax 0 25 51 69-9 14 10

uta.ahrens@kreis-steinfurt.de

Mein Zeichen

67/5_09.10.03.02.21.1_76a

15.02.2021

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76a „südlich Eichenallee“;
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**

Guten Tag Frau Schnieder,

zur o.g. Planung nehme ich wie folgt Stellung:

Naturschutz und Landschaftspflege

Es wird angeregt, die 38. Textliche Festsetzung um folgenden Punkt zu ergänzen: Neben der festgesetzten Feldhecke im südöstlichen Bereich des Geltungsbereiches, sollte ebenso für den Bereich der „Flächen zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ an der westlichen Grenze des Geltungsbereiches, auch im Hinblick auf eine dauerhafte Eingrünung im Sinne des Landschaftsbildes, festgesetzt werden, dass Ausfälle von Gehölzen durch standortgerechte Neupflanzungen ersetzt werden.

Parallel zu der nördlichen Grenze des Geltungsbereiches verläuft direkt angrenzend der gem. § 29 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. § 39 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteil „Eichenallee in Wilmsberg“ (AL-ST-0013). Um einen dauerhaften Erhalt dieser Allee zu gewährleisten und um das Eintreten von Verbotstatbeständen der geltenden Verordnung „Ordnungsbehördliche Verordnung zur Ausweisung des Gebietes Eichenallee in Wilmsberg“ (Bezirksregierung Münster, Amtsblatt 27 vom 03.07.2015) zu vermeiden, sind die Baugrenze sowie jegliche sonstigen baulichen Anlagen nur außerhalb des Kronentraufbereiches der Allee auszuweisen und ein Mindestabstand von 30 m zu wahren. Ich weise darauf hin, dass aus fachlicher Sicht der dauerhafte Erhalt der Allee nur gewährleistet ist, wenn die Baugrenzen mindestens außerhalb des Kronentrauf- und Wurzelbereiches liegen und eine Versiegelung (auch eine Teilversiegelung) in diesen Bereichen ausgeschlossen wird.

Kreissparkasse Steinfurt | IBAN
DE06 4035 1060 0000 0003 31
BIC WELADED1STF

VR-Bank Kreis Steinfurt eG | IBAN
DE74 4036 1906 4340 3002 00
BIC GENODEM11BB

Steuernummer
311 / 5873 / 0032 FA ST

USt-IdNummer
DE 124 375 892

In Kapitel 15.1 „Eingriffsregelung“ der Begründung zum Bebauungsplan wird angegeben, dass die Ermittlung des Eingriffs auf Grundlage des Osnabrücker Kompensationsmodells erfolgt. Die tatsächliche Eingriffs-Ausgleichs-Ermittlung (Anlage 1, Umweltbericht) erfolgt hingegen auf dem LANUV-Modell. Daher rege ich die redaktionelle Anpassung des o. g. Kapitels 15.1 der Begründung dahingehend an.

Bei der Eingriffs-Ausgleichs-Ermittlung (Anlage 1, Umweltbericht) bitte im um erneute Prüfung und ggf. Überarbeitung folgender Bewertungen: Bei der Bewertung des Ausgangszustandes wird der Biotoptyp „Graben mit angrenzenden Saumflächen“ (FNwf6) mit einem Biotopwert von 3 bilanziert. Gemäß dem LANUV-Modell (2008, Recklinghausen) ist für diesen Biotoptyp ein Wert von 4 vorgesehen. Ist für dieses Biotop eine Abwertung erfolgt, ist dies in dem Umweltbericht zu begründen. Erfolgte keine Abwertung, bitte ich um Überarbeitung und somit auch Anpassung der Bilanzierung.

Die externe Kompensationsmaßnahme „Entwicklung einer Obstwiese mit entsprechender extensiver Grünlandnutzung“ auf dem Grundstück Gemarkung Altenberge – Flur 49 – Flurstück 174 wird grundsätzlich aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege begrüßt. Ergänzend zu den im Umweltbericht (Anlage 1) bereits enthaltenen Vorgaben zur Pflege und Pflanzung der Streuobstwiese, sollten folgende verbindliche Vorgaben zur Pflege und Entwicklung der Streuobstwiese aufgenommen werden:

- für die Anpflanzung der Obstbäume sind einheimische Obstgehölze (Hochstamm, Kronenansatz 200 cm) mit einem Mindestabstand von 10 m (Stamm zu Stamm) zu verwenden.
- für die Einsaat des Grünlandes ist zertifiziertes, regionales Saatgut zu verwenden (RegioZert oder VWW-Regiosaat, mehrjährige Mischung). Das Saatgut muss aus dem Produktionsraum 1 „Nordwestdeutsches Tiefland“ und dem Ursprungsgebiet 1 „Nordwestdeutsches Tiefland“ oder 2 „Westdeutsches Tiefland mit Unterem Weserbergland“ stammen. Die Herkunft des Saatguts ist durch den Lieferschein nachzuweisen.
- keine maschinelle Bearbeitung (Walzen, Schleppen, Mähen etc.) vor dem 01.07. Mahd: ein- bis zweimalige Mahd (1. Mahd ab 01.07., 2. Mahd ab 01.09.), Schnitthöhe mind. 10 cm, von innen nach außen oder von einer Seite her; Mahd-/Schnittgut ist vollständig abzuräumen; keine Verwendung von Rotationsmähergeräten (z.B. Kreiselmähern), sondern Balken-, Schlegel- oder Sichelmähern
- kein Pflegeumbruch
- keine Düngung/Kalkung
- keine Pflanzenschutzmittel/Biozide (Naturschutzfachlich unerwünschter Aufwuchs kann in Abstimmung mit der uNB im Einzelfall behandelt bzw. mechanisch entfernt werden.)
- keine Untersaat, Nachsaat nur nach Rücksprache mit der uNB
- keine Beweidung, keine Haltung von Nutz- oder Haustieren
- keine Lagerung von Materialien/Stoffen jeglicher Art auf der Fläche; Beschilderungen, Hinweistafeln etc. nur nach Rücksprache mit der uNB

Um auf sicherer Grundlage von der künftigen Umsetzung der notwendigen Kompensationsmaßnahmen ausgehen zu können, ist es gem. Urteil OVG Koblenz –1C 12946/98 erforderlich, die externen Kompensationsmaßnahmen vor Satzungsbeschluss besichert nachzuweisen.

Die externen, gesicherten Kompensationsmaßnahmen sind zudem im Kompensationskataster des Kreises Steinfurt zu erfassen (§ 34 LNatSchG NRW).

Daher sind der unteren Naturschutzbehörde die entsprechend gesicherten Flächen sowie Art und Umfang der gesicherten Ausgleichsmaßnahmen unter Angabe der zugeordneten naturschutzfachlichen Wertigkeiten unmittelbar nach Rechtskraft des Bebauungsplans zu benennen. Ich bitte um entsprechende Mitteilung.

Artenschutzrechtliche Belange

Zum Schutz der europäischen Brutvogelarten sowie Fledermäuse nach § 44 BNatSchG bitte ich um Präzisierung bzw. Ergänzung folgender artenschutzrechtlicher textlichen Festsetzungen in Plandarstellung und Begründung:

- Präzisierung der Bauzeitenregelung: Die Bautätigkeiten, einschließlich der Erschließungsarbeiten, sind im Zeitraum von 01.10.-31.03. zu beginnen. Sollte von dieser Bauzeitenregelung abgewichen werden, sind die Eichenallee und die südliche Feldhecke mit blickdichten Zäunen in ausreichendem Abstand zu den Gehölzen abzuschirmen.
- Ergänzung zur fledermausfreundlichen Beleuchtung: Der Bereich der geschützten Eichenallee mit den vorgelagerten Regenrückhaltebecken ist als Dunkelraum zu erhalten. Hier ist keine Beleuchtung zulässig.

Darüber hinaus sollte im Bebauungsplan ein Hinweis aufgenommen werden, dass bei Bauvorhaben, die mehr als 7 Jahre nach Inkrafttreten des Bebauungsplans realisiert werden, eine erneute Prüfung des Artenschutzes erforderlich ist.

Auskunft erteilen Herr Niehoff/Frau Dr. Jedrzejek, Tel.: 02551 69-1448/1433

Wasserwirtschaft

Entlang des Kuhlenbaches ist beidseitig jeweils ein 5 m breiter Gewässerrandstreifen, gemessen ab Böschungsoberkante, als Fläche für die Wasserwirtschaft festzusetzen und von jeglichen baulichen Anlagen freizuhalten.

Auskunft erteilen Herr Gövert/Frau Eiken, Tel.: 02551 69-1439/1445

Immissionsschutz

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht wird angeregt, eine Geruchsprognose anfertigen zu lassen.

Zu dem Erfordernis einer Geruchsprognose ist bereits mit Schreiben vom 26.01.2021 eine vorangegangene Einschätzung erfolgt, mit welcher empfohlen wird, in dem Geruchsgutachten alle landwirtschaftlichen Betriebe zu berücksichtigen, die mit mehr als 2 % der Jahresstunden auf das Plangebiet einwirken.

Weiterhin ist im südlichen Bereich zu dem Plangebiet ein Lackierbetrieb angesiedelt, welcher u.U. noch nicht über eine Abluftableitung nach DIN verfügt (bestandsgeschützter Altbetrieb) und in der Geruchsprognose mitberücksichtigt werden sollte.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wurde von einem nahegelegenen Landwirt eine Einwendung vorgetragen, dass mit der heranrückenden Wohnbebauung die künftige Entwicklung der landwirtschaftlichen Hofstelle nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

Eine entsprechende geruchstechnische Untersuchung sollte deshalb entsprechende künftige Entwicklungen auch mit unter dem Aspekt von in naher Zukunft erwarteten Änderungen der Tierhaltungsbedingungen zur Verbesserung des Tierwohls berücksichtigen.

Nach dem Beschluss der Bundesratsdrucksache 686/1/20 „Baulandmobilisierungsgesetz“ vom 18.12.2020 soll im § 35 BauGB ein Absatz 1a für die Privilegierung von Umbauen „zulässigerweise errichteter baulicher Anlagen zur Tierhaltung, die zum Zwecke der Verbesserung des Tierwohls geändert, baulich erweitert und ersetzt werden soll, ohne dass dabei die Zahl der Tierplätze erhöht wird“ eingefügt werden. Entsprechend der zugehörigen Begründung ist das Thema tierwohlgerechter „Offenstall“ dabei ein wichtiger Baustein. Die bei einem eventuellen Beschluss des Bundestages dann daraus u.U. resultierenden betrieblichen Umstellungen von Betrieben mit Abrissen von Altställen mit geführter Abluftquelle und Ersatz durch (geförderte) Neubauten zu tierwohlgerechten Offenställen lässt sich in den geruchstechnischen Auswirkungen schwerlich abschätzen. Deshalb wird angeregt, diese Thematik in der gutachterlichen Prognose für die relevanten nahegelegenen Landwirtschaftsbetriebe u.U. mit zu berücksichtigen.

Zu der Berücksichtigung der Lärmsituation wird darauf hingewiesen, dass an der Altenberger Straße 196 eine Gastronomie (aktuell als „China Restaurant“ betrieben) angesiedelt ist, welche nach derzeitigem Kenntnisstand noch über eine bestandsgeschützte Genehmigung für einen Saalbetrieb (Feierstätte) verfügt und entsprechend künftig dahingehend genutzt werden könnte. Sofern bei diesem Betrieb eine künftige Nutzung als eine gewerblich vermietete Feierstätte ohne eine vorangehende baurechtliche Nutzungsänderung möglich erscheint, wird angeregt, diesen dann „gewerblichen“ Lärm ebenfalls gutachterlich mit zu berücksichtigen.

Auskunft erteilt Herr Badouin, Tel.: 02551 69-1450

Bodenschutz, Abfallwirtschaft

Die beigelegte Anlage „Altlastenkataster Steinfurt“ bitte ich zu entfernen. Die flächenscharfe und zudem überholte Darstellung (aus dem Jahr 2010) von registrierten Standorten des „Altlastenkatasters“ des Kreises Steinfurt darf aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden. Zudem steht die Karte in keinem sachlichen Zusammenhang mit dem Plangebiet.

Auskunft erteilt Herr Grönefeld, Tel.: 02551 69-1465

Freundliche Grüße

im Auftrag


Ahrens

I/11



Kreisstadt Steinfurt

Eingegangen am:

22. Feb. 2021

Fachdienst 61

IHK Nord Westfalen | Postfach 4024 | 48022 Münster

Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und
Bauordnung
Emsdettener Straße 40
48565 Steinfurt

Industrie- und Handelskammer
Nord Westfalen

Sentmaringer Weg 61
48151 Münster
www.ihk-nordwestfalen.de

Ansprechpartner:
Ulf Horstmann

Telefon 0251 707-240
Telefax 0251 707-8240
horstmann@ihk-nordwestfalen.de

22. Februar 2021

hst

Bebauungsplan Nr. 76a „südlich Eichenallee“ – Aufstellung, Stadtteil Borghorst
Ihr Zeichen Schnieder, Ihr Schreiben vom 08.01.2021, Unser Zeichen: 116324
hier: Verfahren gem. § 4(1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem vorgenannten Bebauungsplan, wie er uns mit Ihrem Schreiben vom 08.01.2021
übersandt wurde, nehmen wir wie folgt Stellung.

Grundsätzlich haben wir keine Bedenken hinsichtlich der geplanten Ausweisung von
Wohnbauflächen. Wir begrüßen die ausnahmsweise Zulässigkeit von nicht störenden
Gewerbebetrieben nach § 4(3)2 BauNVO.

Wir weisen in diesem Zusammenhang allerdings auf unsere Stellungnahme zum parallelen
Flächennutzungsplanänderungsverfahren hin: auch auf Ebene der verbindlichen
Bauleitplanung ist sicherzustellen, dass für die im direkten Umfeld bestehenden Betriebe der
Bestandsschutz gewährleistet wird und das gewerbliche Entwicklungsoptionen durch die
heranrückende Wohnbebauung nicht eingeschränkt werden.

Freundliche Grüße

gez.
Ulf Horstmann

I/14



Straßen.NRW

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Münsterland
Postfach 1641 · 48636 Coesfeld

Kreisstadt Steinfurt
Postfach 2480
48553 Steinfurt

Kreisstadt Steinfurt
22. Feb. 2021
FD: 61

Regionalniederlassung Münsterland

Kontakt: Andreas Wies
Telefon: 02541- 742 - 108
Fax: 02541 - 742 - 271
E-Mail: andreas.wies@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.03.067Steinfurt-Borghorst/84/ML/4403
(Bei Antworten bitte angeben.)
Datum: 18.02.2021

Bebauungsplan Nr.76a „südlich Eichenallee“ – Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst
Benachrichtigung gem. § 4 (1) BauGB
Ihr Schreiben vom 07.01.2021 AZ.: 61/Sb

Lage: L 510 Abschnitt 7, von Station 4,320 bis Station 4,560 – freie Strecke

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die Aufstellung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung eines neuen Wohngebietes geschaffen werden. Das Plangebiet befindet sich östlich der L 510. Die Anbindung des Baugebietes soll dabei über eine neue öffentliche Erschließungsstraße zur L 510 hin erfolgen.

Grundsätzlich bestehen aus Sicht der Regionalniederlassung Münsterland keine Bedenken, sofern die wie im gemeinsamen Besprechungstermin vom 07.01.2021 nachfolgend abgestimmten Punkte berücksichtigt werden:

Im Zuge der L 510 ist die Anlegung einer Linksabbiegerspur vorgesehen. Durch eine qualifizierte Entwurfsplanung ist der Nachweis zu erbringen, dass die dafür erforderliche Straßengebietsfläche auch unter Berücksichtigung der Nebenanlagen zur Verfügung steht. Auf Grundlage dieser abgestimmten Planung erfolgt die Festlegung der Straßengebietsgrenze.

Um den Umbau der L 510 planungsrechtlich abzusichern, ist die dazu erforderliche Straßengebietsfläche mit in den Bebauungsplan aufzunehmen.

Es erscheint sinnvoll bei der Planung der Anbindung auch die zukünftig geplanten Baugebiete zu berücksichtigen.

Zur baulichen Trennung des Baugebietes zur L 510 soll eine 2 m hohe Gabionenwand auf der zukünftig gemeinsamen Grenze errichtet werden.

Straßen.NRW-Betriebssitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
Telefon: 0209/3808-0
Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE2030050000004005815 BIC: WELADED33
Steuernummer: 319/5922/5316

Regionalniederlassung Münsterland

Wahrkamp 30 · 48653 Coesfeld
Postfach 1641 · 48636 Coesfeld
Telefon: 02541/742-0
kontakt.ml.msl@strassen.nrw.de

Ich weise darauf hin, dass zur Regelung der rechtlichen und technischen Einzelheiten für die Anbindung des Baugebietes, incl. der Anlegung der geplanten Linksabbiegerspur der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt Steinfurt und der Regionalniederlassung Münsterland erforderlich ist. Die Vereinbarung erfolgt auf Grundlage der noch zu erstellenden Ausführungsplanung.

Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme sind gem. § 34 (1) des Straßen- und Wegegesetzes NRW (StrWG NRW) von der Stadt Steinfurt zu tragen.

Weiterhin weise ich vorsorglich darauf hin, dass evtl. Ansprüche auf aktiven oder passiven Lärmschutz gegenüber dem Straßenbaulastträger der L 510 nicht geltend gemacht werden können, da die Änderung des B-Planes in Kenntnis der Straße durchgeführt wird.

Weitere Anregungen werden zu den o.g. Planverfahren gem. § 4 Abs.1 BauGB vom Landesbetrieb Straßenbau NRW - Regionalniederlassung Münsterland - nicht vorgetragen.

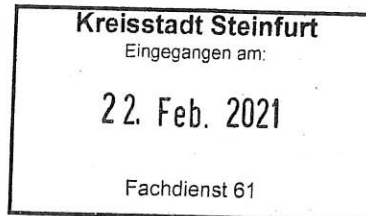
Mit freundlichen Grüßen

i.A.



Hubertus Ebbeskotte

I/15



Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Landwirtschaftskammer NRW · Hembergener Str. 10 48369 Saerbeck

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Postfach 24 80
48553 Steinfurt

Kreisstelle Steinfurt

Hembergener Straße 10
48369 Saerbeck
Tel.: 02574 9277-0, Fax: -33
Mail: steinfurt@lwk.nrw.de

www.landwirtschaftskammer.de

Unser Zeichen: 40-01-03-01/15-21

Auskunft erteilt Gerleve-Oster

Durchwahl 02574/ 92 77- 20

Fax 02574/ 92 77- 33

Mail Dorothee.Gerleve-Oster@

lwk.nrw.de

vom 1/8/2021
015-21 BP 76 a Südlich Eichenallee.docx
Saerbeck 22.02.2021

Bebauungsplan Nr. 76a „südlich Eichenallee“ in Borghorst

Benachrichtigung gem. § 4 (1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem o. g. Planvorhaben stehen erhebliche landwirtschaftliche / agrarstrukturelle Bedenken entgegen.

Im Umfeld befinden sich landwirtschaftliche Betriebe mit intensiver Tierhaltung, hier insbesondere die Höfe Berning und Thiemann-Specker. Es wird daher zwingend ein Geruchsemissionsgutachten zur Beurteilung der Emissionslage gefordert, zumal in den Planunterlagen mal von 600 und mal von 700 m Abstand gesprochen wird, die der Hof Berning vom Wohngebiet entfernt liegt. Laut Kartenmaterial kann sich auch ein Abstand von unter 600 m zwischen dem Rand des Baugebietes und der Hofstelle ergeben. Eine Bewertung kann nur erfolgen, wenn die konkreten Daten wie z.B. Art der Entlüftung, Lage der Abluftkammine, etc. einfließen.

In den Unterlagen zur Änderung des FNP wird an entsprechender Stelle auf die Notwendigkeit eines Geruchsgutachtens hingewiesen (Nach Rücksprache mit dem Umweltamt des Kreises Steinfurt im Januar 2021 ist jedoch für eine Einschätzung, ob die zulässigen Immissionswerte für Geruch eingehalten werden, ein Geruchsgutachten erforderlich.)

Ergänzend wird an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, dass zwingend vorgeschriebene Erweiterungen/Umbauten/Neubauten von Stallungen zur Umsetzung der neuen gesetzlichen Tierwohlvorgaben auch bei gleichen Tierzahlen zu voraussichtlich höheren Emissionswerten führen werden, da mehr planbefestigte Böden und Außenklimareize angestrebt werden. Die gesetzlich bereits vorgeschriebene bauliche Anpassung an die neuen Haltungsvorgaben ist damit im Emissionsgutachten zu berücksichtigen, auch wenn wir aktuell noch in der Umsetzungsfrist befinden. Eine Änderung des BauGB und der Emissionsbewertung, die neue Spielräume im Baugenehmigungsverfahren bringen würde, ist aktuell sehr spekulativ.

Den Planunterlagen ist zudem zu entnehmen, dass die Wasserführung im Baugebiet schwierig ist und daher Geländeaufschüttungen vorgesehen sind. Da umliegende landwirtschaftliche Flächen mit Drainagen versehen sind, die u.a. in den Kühlenbach entwässern, ist explizit darzustellen, ob es durch das Baugebiet und die vorgesehenen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen Auswirkungen auf die Wasserabführung von den landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Umgebung gibt. Die Bewirtschaftung der umliegenden Flächen darf nicht negativ beeinflusst werden.

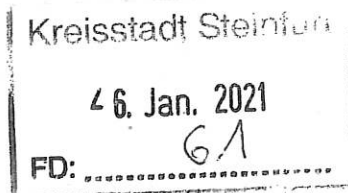
Laut Unterlagen wird im Bereich der Altenberger Straße von einem 8 m breiten Saumbereich mit Ruderalvegetation und dem Biotopwert 4 ausgegangen. Hier handelt es sich tatsächlich um einen vom Bewirtschafter angelegten Blüh- und Schonstreifen (AUM 525), der jährlich verlegt werden kann, bei dem vorgeschriebene Einsaatmischungen zu verwenden sind und der jährlich gemulcht werden muss. Insofern ist nach unserer fachbehördlichen Auffassung eine dauerhafte besondere ökologische Wertigkeit, die sich in erhöhtem Ausgleich und Ersatz niederschlägt, nicht gegeben. Wenn ein Antragsteller eine Pachtfläche verliert, legt er den Blühstreifen auf einem anderen Ackerschlag an.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Gerleve-Oster

I/20

LWL-Archäologie für Westfalen
Außenstelle Münster



LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

LWL-Archäologie für Westfalen - An den Speichern 7 - 48157 Münster

Servicezeiten:

Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Stadt Steinfurt
Stadtplanung
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

Ansprechpartner:
Dr. Christoph Grünewald

Tel.: 0251 591-8880
E-Mail: christoph.gruenewald@lwl.org

Az.: Gr/Ti/M 88/21 B

Münster, 20.01.2021

Bebauungsplan Nr. 76a „südlich Eichenallee“
- Ihr Schreiben vom 08.01.2021 -

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Schnieder,

es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die o. g. Planung. Da jedoch unser Referat Paläontologie darauf hinweist, dass bislang unbekannte paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren) aus dem mittleren Pleistozän (Saale-Kaltzeit) angetroffen werden können, bitten wir, zu dem bereits aufgenommenen Hinweis betr. Bodendenkmale noch folgendes hinzuzufügen:

1. Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen.
2. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um ggf. archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

(Dr. Grünewald)